

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn Du jemandem den Spaß beim Klettern nahebringen will, dann sollst Du nicht mit einer 6er Wand, also mit der höchsten Schwierigkeitsstufe, beginnen.

Diesen Grundsatz haben wir vor 2 Jahren in Sachen Flüchtlingsintegration brechen müssen. Für die Flüchtenden sowieso – aber auch für uns Inländer war all das eine 6er Wand, was als „Flüchtlingskrise“ seither bezeichnet wird.

Und es ist noch nicht vorbei. Aber worauf wir zurückblicken können, macht durchaus Mut. Auch und gerade in Bayern und ich glaube insbesondere sogar im Landkreis Starnberg. Wir sind schon bald nach dem Start nicht mehr gehetzt oder gar verwirrt geklettert. Wir haben Haken eingeschlagen, Seile geknüpft, und viele weitere Aufgaben verteilt unter Menschen und Behörden, die sich schrittweise aneinander gewöhnt haben.

Letztlich gehört im weiteren Sinne dazu auch, dass die führende Partei im Land diesen Arbeitskreis gegründet hat und ich freue mich besonders, dass wir nach dem Wunsch von Herrn Chahin heute abend einen Blick in die Integrationspraxis werfen. Lassen Sie uns diskutieren, wo wir stehen, wohin wir wollen, was uns bisher geholfen und was uns beschwert hat.

Auf all diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Denn die vom Flüchtlingsthema betroffenen politischen Ziele und menschlichen Werte sind ähnlich konfliktär wie das betreffende national- und völkerrechtliche Umfeld komplex ist.

Unser Asylrecht wurde im Eindruck der beiden Weltkriege und der deutschen Rolle als deren Verursacher geschaffen. Seine Anwendung auf heutige Probleme der arabischen oder afrikanischen Welt leuchtet nicht allen ein.

Flüchtlinge werden bei uns auch mit Vorschriften und Verfahren „verwaltet“, die für gänzlich andere Zwecke gebaut sind. Man denke nur an die beiden großen Komplexe des Sozialgesetzbuches 2 und 3 und die dazugehörigen Behörden „Arbeitsagentur“ und „Jobcenter“. Man will diese Behörden gebrauchen, aber eigentlich missbraucht man sie.

Jedenfalls leuchtet nur recht selten die Eignung der Instrumente, der Ressourcen und der Verfahren ein, sobald sie auf Flüchtlinge angewandt werden.

Neben einer geeigneten Verwaltungsordnung fehlen auch Menschen. Sie fehlen in Landratsämtern und Regierungsverwaltungen, in Schulen, in Arbeitsbehörden, in großen Wohlfahrtsverbänden. Und dort wo es sie gibt sind sie weit überdurchschnittlich oft krank. Ich will Ihnen die Krankenzahlen in der Ausländerbehörde des Landratsamt Starnberg lieber nicht erzählen.

Nicht zuletzt deshalb erlangten freiwillige bzw. ehrenamtliche Helfer einen enormen praktischen Beteiligungsgrad. Allein im Landkreis Starnberg gibt es 17 Helferkreise, etwa 1500 Helfer sind aktiv. In den Hochzeiten vorletztes Jahr waren es sicher deutlich mehr als 2000. Helfer sind aus Sicht der Behörden also notwendig. Aber sie sind auch ein notwendiges ÜBEL. Davon werden wir noch zu sprechen haben.

Lassen Sie mich ein Zwischenfazit ziehen. Deutschland hat sich in Europa und der Welt zwar als unumstrittene Nummer eins erwiesen, was in der Flüchtlingsfrage die moralische, wirtschaftliche und administrative Handlungskraft anbelangt.

Aber: Wenn man sich jenseits dessen unsere Erfahrungen vor Augen hält, dann kann eigentlich kaum etwas bleiben, wie wir es bisher gemacht haben. Denn sonst haben wir Flüchtlinge zwar sozusagen „untergebracht“ und in die beiden Gruppen derjenigen eingeteilt, die mit Recht bleiben und derjenigen, die deshalb bleiben weil sie nicht rechtmäßig abzuschieben sind. Aber wir werden mit den danach folgenden Aufgaben in BEIDEN Gruppen kaum fertig werden. Für die Diskussion, hoffentlich auch im AK MIG und freilich über den heutigen Tag hinaus, sehe ich folgende Themen:

Erstens: Wir brauchen eine absolut klare und glaubwürdige Haltung der politischen Führung in Bayern und Deutschland. Diese muss erklären und den Sinn dafür stiften, dass und warum Flüchtlinge in unserem Land sind. Sie muss den Sinn dafür stiften, dass wir sie als Gesellschaft zu integrieren und rechtmäßig zu behandeln haben, weil uns das Gegenteil zum starken Schaden gereicht. Sie muss den Sinn für die Art und Weise stiften, wie wir die Lösung dieser Aufgabe bewerkstelligen.

Die bayerische Regierung ließ sich von diesem Prinzip nicht ausreichend leiten. Sie hat die zu uns kommenden Menschen als Übel, als Last, als Risiko für unsere Sicherheit stigmatisiert, die unsere Kräfte überfordern müsse. Sie hat das wahrlich kontrafaktische Bild erzeugt und tut das heute noch, dass nicht die geflohenen Menschen, sondern wir selbst einer unzumutbaren Drohung ausgesetzt sind.

Der Streit um die Obergrenze mag den ein oder anderen Wähler von der AfD abgehalten haben. Aber gleichzeitig pulverisierte er in der Union das Vertrauen in deren Kraft zur Führung und Lösung des Problems. Denn wir haben an die Stelle von Mut und Vernunft die Klage, das Lamento, die Panik gesetzt. Die CSU hat sich damit nicht nur gegen Frau Merkel in Stellung gebracht, sondern als Opposition zum Integrationsthema selbst. Aber ich frage mich: Wie kann der, welcher sich als Opposition zu einem Problem in Stellung bringt, dessen Lösung anführen?

Der Satz von Angela Merkel „Wir schaffen das“ ist gemäß Lehrbuch und gemäß Führungserfahrung, gemäß christlich-sozialer Werte und gemäß unserer Interessen an sozialem Frieden der vernünftigeren Leitsatz gewesen. Ohnehin konnte Merkel zeigen, dass sich Flüchtlingsströme nach außen durchaus wirksam begrenzen lassen ohne dass damit negative Signale für die Integrationsarbeit im Inneren verbunden sind. Wir brauchen nach innen tatsächlich ein freundliches, und beileibe kein verkniffenes und schon gar kein hasserfülltes Gesicht. Auch und gerade wenn wir uns gegenseitig als Inländer anblicken.

Wir brauchen also eine Haltung unserer politischen Führung, die der Flüchtlingsintegration einen wirtschaftlichen und demografischen Sinn und vielleicht sogar einen humanitären Glanz verleiht. Die Argumente sind allseits bekannt. Wir sollten von Herrn Seehofer hören, dass wir die Klugen und Starken und Guten sind und dass er in diesen Disziplinen unser Vorsitzender ist. Anstatt das Märchen zu hören, dass wir von geschundenen Flüchtlingsmassen bedrängt, betrogen, ausgebeutet, überfremdet und gefährdet werden. Das wäre die kommunikative bzw. POLITISCHE Mutter des nachhaltigen Integrationserfolgs.

Zweitens: Wir brauchen auch ein ausformuliertes Konzept mit klaren Erwartungen und Zielen. Wir müssen Integration in Bildungsziele für Sprache, Mathematik und

Allgemeinbildung übersetzen und mit Budgets und Zeitplänen hinterlegen. Wir müssen das Thema WOHNEN der anerkannten Asylanten mit Zielen und Maßnahmen unterlegen. Wir müssen Ziele für die Arbeitsintegration ebenso professionell planen und strukturieren wie wir es mit deutschen oder europäischen Arbeitssuchenden tun. Und last but not least: Wir brauchen ein Controlling für diese Prozesse. Noch heute gibt es keine Transparenz über Arbeitslosenzahlen unter geflüchteten Menschen. Ob Bildungs- und Eingliederungsinstrumente irgendeine Wirkung erzeugen, verbleibt damit für Akteure wie Bevölkerung im Dunkeln. Wir verschenken damit wertvolle Möglichkeiten.

Drittens: Ein weiterer Aufgabenblock ist die Einführung von Verwaltungsstrukturen und -prozesse, die konsequent für das Management der Integration geschaffen sind. Ich sprach es eingangs an: Wir stützen uns bisher auf Behörden, die für andere Zwecke entwickelt wurden. Schulen, Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie die Landratsämter kommen aus beliebigen „Ecken“ der angestammten Ministeriums- und Behördenlandschaft, sodass deren Anpassung auf die Probleme der Flüchtlingsintegration stets quer über mehrere Ministerien und Behörden verläuft. Entwicklung ist da nur im Schneckentempo möglich. Der Austausch von Daten klappt bis heute kaum. Und es passen auch die Verfahren nur wenig auf die Probleme. Es ist, als würden Porsches auf Ackerwegen und Traktoren auf Autobahnen fahren. In der Praxis verzweifeln daran viele.

Aus meiner Sicht müsste man über eine ZENTRALE VERANTWORTUNG für Integrationsprozesse nachdenken. Unsere demografische Lage erzwingt, dass wir eine Zuwanderung von ca. 4-500.000 Menschen im Jahr organisieren müssen. Nach 10 Jahren sind das 4-5 Millionen Menschen. Wenn diese schlecht integriert werden, entstehen erhebliche Probleme und Schäden. Für mich wäre diskutabel, über ein eigenes Migrationsministerium nachzudenken. In einem modernen Unternehmen gäbe es dafür zumindest eine starke und an den Vorstand direkt angehängte Projektorganisation. Wer ist in Bayern der eindeutige „Mister Integration“ und kann er sich fulltime und mit Macht ausschließlich darum kümmern? Ein MigrationsGESETZ brauchen wir ohnehin. Darin sollten nicht nur Zuwanderungszahlen und Bedingungen, sondern auch eine bessere Art und Weise definiert werden, wie wir Integration behördlich organisieren.

Viertens: Wir müssen das Thema Integration mit wirksameren Anreiz- und Sanktionssystemen verbinden. Asylbewerber sind von Sanktionen, wenn Sie zum Beispiel Arbeit ablehnen, völlig befreit. Das ist falsch. Anerkannte Asylanter unterliegen zwar grundsätzlich dem Sanktionssystem des SGB 2. Aber die Jobcenter wenden diese nicht an. Sie fürchten, dass sie Sanktionen auf Grund von Sprachproblemen nicht gerichts fest umsetzen können. Mein Vorschlag: Den Verpflichtungsgedanken des SGB 2 auf Flüchtlinge anwendbar machen und dies bereits auf Asylbewerber im SGB III anwenden.

Aber nicht nur Flüchtlinge brauchen Sanktionen. Unternehmen sind völlig frei darin, ob sie sich an der Flüchtlingsintegration beteiligen. Das ist nicht gut. Die Integration von Schwerbehinderten beispielsweise wird enorm wirksam dadurch unterstützt, dass ein Unternehmen einen kleinen Prozentsatz der Arbeitsplätze dieser Gruppe anbieten muss. Oder es wird eine Abgabe gezahlt. Das hat sich sehr bewährt. Positiv damit verbinden ließen sich Eingliederungszuschüsse für Unternehmen, die geflüchtete Personen einstellen. Auch ein System solcher Zuschüsse gibt es zwar, die Durchführungsbestimmungen passen aber kaum auf Flüchtlinge. Wieder fährt der Porsche auf dem Acker herum. Das müssten wir ändern.

Last but not least würde ich über positive Anreizsysteme wie Orden, Auszeichnungen und Preise nachdenken. Für Unternehmen, für erfolgreiche Behörden, für ehrenamtliche Helfer und nicht zuletzt für sich erfolgreich integrierende Personen mit Fluchthintergrund. Solche monetär relativ unbedeutenden aber nicht minder wirksamen Belohnungsvarianten haben in unserer Kultur seit Menschengedenken eine riesige Bedeutung. Warum nützen wir es wenig für die Flüchtlingsintegration?

Lassen Sie mich ein **Zwischenfazit** ziehen: Unsere Politik muss dem, was wir ohnehin tun müssen, einen positiven Sinn geben. Das ist die kommunikative Aufgabe der Führung. Sie muss dann dafür sorgen, dass wir das Gesamtproblem in Teile zerlegen und für diese Teile Fortschrittsziele und Maßnahmen definieren. Die Maßnahmen sind die Autos, die uns zur Lösung bringen. Für sie brauchen wir geeignete Strukturen und Behörden, sozusagen die Straßen für die Autos. Meine mittelfristige Vision wäre, die neuen Autos nicht durch unsere angestammten Behördendörfer und Städte zu schicken. Da gibt es zu viel Stau. Ich wünsche mir hier Umgehungsstraßen sozusagen. Unabhängig

davon brauchen wir spürbare Anreiz- und Sanktionssysteme. Verkehrsschilder werden ohne Radarfallen und Bußgelder lediglich als „Empfehlung“ wahrgenommen. Das reicht nicht, um Chaos oder Stillstand zu verhindern. Und auch über Belohnung müssen wir nachdenken. Materiell für die Betriebe und gleichsam immateriell für Personen und Initiativen, warum nicht als Orden. Mein Vater hatte eine Plakette am Kühler des Autos, da stand „Kavalier der Straße“ drauf. Warum gibt es nicht den Kavalier der Flüchtlingsintegration? Oder den Sieger im Bundeswettbewerb „wie schaffen wir das“. Der Phantasie wären da wenig Grenzen gesetzt, und man bekäme viel Effekt fürs Geld.

Lassen Sie mich nach diesen eher generellen Bemerkungen noch zu zwei konkreten Themen kommen, die mich in der täglichen Praxis bewegen.

Thema 1: Arbeitsverbote für Personen mit sogenannt „niedriger Bleibeperspektive“. Die bayerische Regierung hat es verfügt und der Landrat von Fürstenfeldbruck hat es so ausgedrückt: *„Arbeit führt zur Integration, und das ist das Gegenteil von Heimreise“*. Das ist, meine Damen und Herren, wie sagt man heute, so „kontrafaktisch“ wie es ein leibhaftiger Donald Trump nicht übertreffen könnte.

Denn in Wahrheit wird eine behördlich veranlasste Abschiebung nur von folgenden Umständen vorübergehend ausgesetzt:

- Schwere Krankheit
- Kein Pass oder Einreisevisum
- Keine Verkehrsmittel
- Herkunftsstaat verweigert Wiederaufnahme

Von Beschäftigung als Duldungsgrund ist im Gesetz NIRGENDS die Rede.

Ich glaube auch nicht, dass ein Arbeitsverbot einen Flüchtling zur FREIWILLIGEN Rückkehr bewegt.

Monetär bewirkt ein Arbeitsverbot ja kaum einen Nachteil für die geflüchtete Person, denn der Lohn wird auf Asylleistungen angerechnet. Die Mehrheit der Asylbewerber in Deutschland arbeitet mitnichten und ist auch nicht dringendst darum bemüht. Für solche Personen brauchen wir ja gerade die erwähnten Anreize bzw. Sanktionen. Sie schreckt ein Arbeitsverbot nicht im geringsten.

Für die andere Gruppe, die gerne aus persönlichen Gründen arbeiten und sich hier integrieren will, schafft das Arbeitsverbot schlicht den Grund, entmutigt, depressiv oder kriminell zu werden. Damit wird ein Grund geschaffen, der am Ende sogar zur Verlängerung der Duldung führt. Wer krank wird, darf ja bleiben. Und wir zahlen die Behandlung. Und welches Land nimmt schon freiwillig einen Straftäter auf? Das ganze ist ein Eigentor fürchte ich. Finanziell und sicherheitspolitisch sowieso.

Daher würde ich persönlich um Größenordnungen mehr in Rückführungsanreize investieren.

Aber ein Freiwilliger Rückkehrer braucht nicht nur Geld. Er braucht innere Stärke, Entschlusskraft und eine Perspektive. Die Politik, einen Flüchtling physisch zwar am Leben zu halten, ihn psychisch aber mürbe und sozial unmöglich zu machen, bewirkt das Gegenteil. Wir schaffen eine Gruppe desintegrierter und an der Wand stehender Menschen, die ihr Leid mitnichten im Heimatland ausleben werden – sondern bei uns. Die Folgen für unsere Asylausgaben und für unsere innere Sicherheit können doch nur fürchterlich sein.

In einem Wort brauchen wir eine Betreuungspolitik der Geduldeten, die die Fakten anerkennt. Die meisten dieser Menschen bleiben ohne Anerkennungen dennoch auf Jahre in unserem Land, weil ohne Ausreisepapiere Rückführungen nur enorm schleppend funktionieren. Wir müssen uns daher besser darauf einstellen, solche Menschen BEFRISTET zu integrieren. Die berühmte 3+2 Regelung ist bereits ein Befristungskonzept, ihre Prinzipien können von Ausbildung als Sonderform der Beschäftigung auf weitere Formen ausgedehnt werden. Wir können überlegen, wie wir sozusagen zu einer Art „geplanten Rotation“ von Personen kommen. Bis zur Abschiebung oder freiwilligen Rückkehr, die ein natürlicher Bestandteil solcher Rotation ist, darf, ja soll jedenfalls gearbeitet werden. Ein Mensch, dem wir berufliche Erfahrung und damit Teilhabe ermöglicht haben, wird eher zu seiner Familie zurückkehren und sein Land wieder aufbauen wollen als einer, den wir jahrelang fertig machten.

Mein **zweites** konkretes Anliegen bezieht sich auf die Rolle der Helfer. Wir brauchen für ehrenamtliche Helfer erstens mehr Motivation, zweitens eine bessere Anbindung an behördliche Leistungsprozesse und drittens mehr Professionalisierung.

Zur Motivation: Seit der unseligen Diskussion um Arbeitsverbote für alle Asylbewerber ohne hohe Bleibewahrscheinlichkeit sind die Vermittlungsbemühungen bei uns um 2/3 eingebrochen. Das ist zwar sachlich ohne Grund, denn tatsächlich richten sich die Arbeitsverbote gegen eine eher kleine Minderheit der Asylbewerber. Aber die Helfer verlieren die Lust. Die Abschreckung, die Herr Seehofer für die Flüchtlinge beschlossen hat, wirkt im Endeffekt nur auf die Helfer. Und glauben sie mir: Diese Abschreckung lässt sich nicht auf

Arbeitsvermittlung begrenzen. Helfer wandern generell ab. Nachwuchs ist kaum zu beschaffen. Das Netz, in das überforderte Behörden bislang sicher fallen konnten, bekommt riesige Löcher.

Das liegt auch daran, dass es Helfer in den öffentlichen Verfahren der Flüchtlingsbetreuung nicht gibt. Es scheint, als seien Mauern zwischen ihnen und den Behörden aufgebaut. Eine Mauer heißt Datenschutz. Eine andere Mauer heißt „Fehlender Kontakt und fehlende Absprachen“. Eine dritte Mauer heißt „politische Divergenzen“. Das muss nicht sein. Denn es gibt Bereiche, da arbeiten Staat und Ehrenamt zusammen, als seien sie seit jeher in „einer Firma“. Die Prozessketten gehen durch die Grenzen der Organisationen hindurch. Wenn bei einem Autounfall die Feuerwehr gebraucht wird, dann ist die Polizei nicht aus Datenschutzgründen an Verschwiegenheit gebunden und darf dem ehrenamtlichen Feuerwehrhauptmann den Unfallort oder die Art der Verletzungen nicht nennen. An der Unfallstelle läuft alles nach einer klaren Arbeitsteilung ab, die zwischen hauptamtlicher Polizei und ehrenamtlichen Helfern zigmal geübt wurde.

Was ich damit ausdrücken will: Beim Feuer- und Katastrophenschutz, bei der Alten- und Krankenversorgung, der Wasserwacht und der Bergrettung und noch bei vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens mehr haben wir eine unglaublich gute und freilich über Jahrzehnte gewachsene Vernetzung von Ehrenamt und Behörden. Die Liste der Beispiele, wo Asylhelfer und nicht zuletzt sogar Behördenmitarbeiter am Fehlen dieser Vernetzung erheblich leiden wenn nicht verzweifeln, wäre lang. Es würde erheblich lohnen, wenn hier auf Ebene der Staatsregierung über eine bessere **Prozessintegration** des Ehrenamts nachgedacht würde.

Aber auch die Helfer müssen sich entwickeln. Sie müssen sich **professionalisieren**. Sie müssen sich meines Erachtens als Vereine verfassen. Sie müssen sich auf der Ebene von Landkreisen und Bezirken und auf Landesebene zu Dachverbänden zusammenfassen. Denn wie will man mit Regierung und Kreisbehörden reden, wenn man nicht auf derselben Ebene organisiert ist wie sie? Wie will man Doppelarbeit vermeiden, wenn man nicht auf gemeinsames Wissen und ähnliche Strukturen setzt?

Weil so etwas nicht über Nacht entsteht, braucht das Ehrenamt Unterstützung darin und Ermutigung. Auch das wäre ein Arbeitsfeld dieses Arbeitskreises. Denn wenn wir wie gesagt von 1500 Helfern im Landkreis Starnberg ausgehen und wenn wir pro Person nur 4 Wochenstunden Arbeitszeit annehmen, dann müsste der Landkreis 150 hauptamtliche Personen anstellen, um diese Arbeit zu verrichten. Das wäre absurd. Wir brauchen also die Helfer, aber wir brauchen sie mit besserer Einbindung und – im Interesse aller Beteiligten - mit größerer Effizienz.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und spanne den Bogen von meiner letzten Aussage zu meiner ersten: Die ehrenamtliche Helferlandschaft in meinem Landkreis leidet ERHEBLICH darunter, dass ihr Tun durch die Führungskommunikation der Staatsregierung mehr und mehr seines Sinnes beraubt wird. Das war mit Sicherheit nicht die beabsichtigte Wirkung des Streits um Obergrenze, Arbeitsverbote, Verschärfung der Abschiebep Praxis und dergleichen. Aber es ist eine häufige und schädlich wirkende NEBENWIRKUNG davon.

Wir brauchen neben einer sinnstiftenden Rhetorik konkrete politisch und humanitär akzeptable Programme für die rasant wachsende Gruppe von Personen, die bei uns nicht bleiben dürfen, aber auf Jahre geduldet werden müssen. Diese Gruppe wird statistisch in naher Zukunft ähnlich groß sein wie die Gruppe der anerkannten Personen. Meine Sorge ist, dass wir mit dieser Gruppe dann nicht zurecht kommen, wenn wir sie zu Hunderttausenden in Wartehallen einsperren weil wir keinen darauf spezialisierten, gerne ernsthaft befristeten Integrationsprozess für sie haben.

Aber auch die Integration der anerkannten Personen ist alles andere als in trockenen Tüchern. Am liebsten wäre mir, wir könnten über eine echte Reorganisation und Zentralisierung der wichtigsten Integrationsteilprozesse Bildung, Arbeit und Wohnung nachdenken. Aber das wäre selbst in einem Unternehmen ein ambitioniertes Unterfangen. Praktisch gesehen mag ein guter nächster Schritt sein, die Kapazitäten der Jobcenter für Integration erheblich aufzurüsten. Aber schon darauf hat ja nicht einmal eine bayerische Staatsregierung wirklich Einfluss, denn die Jobcenter sind Teil der Bundesarbeitsbehörde. Man kann da nur verhandeln – aber das dauert und bindet personelle Ressourcen.

An die Adresse unseres Arbeitskreises sei deshalb die Botschaft aus der Praxis gerichtet, dass wir in der Regierung eine deutlich erkennbarere Projektorganisation brauchen, die sich um nichts anderes kümmert als praktische Probleme Schritt für Schritt anzugehen, von denen ich heute nur ein paar Beispiele aufzählen konnte. Im Moment laufen für meinen Geschmack noch viel zu viel Einzelpersonen, Einzelaktivitäten und Taskforces wild durch die Gegend, die jeweils in bester Absicht unterwegs sind aber dann doch wieder im Sande verlaufen. Wenn wir das nicht überwinden, wird nach der Phase des guten Willens die Enttäuschung kommen mit der Folge, dass die bisher durchaus vielversprechenden Kinder der Integration auch bei uns in den Brunnen fallen. Das wäre schade und wir haben es in der Hand es zu verhindern.

Die bisherigen Ergebnisse nämlich machen rundum Mut. Wir konnten im letzten Jahr in Starnberg, noch vor der Zeit der Arbeitsverbote, im Monat durchschnittlich 50-60 Arbeitsvermittlungen schaffen. Wir haben so gut wie alle ankommenden Kinder und Jugendlichen in Schulen gebracht. Im Herbst 2016 haben mehr als 100 Geflüchtete unter 20

Jahren zwei vorbereitende Berufsschuljahre beginnen können. Die allermeisten davon sind nach 2 Jahren ausbildungsreif. Die Arbeitsagentur hat mehr als hundert Bildungsplätze in Schwerpunktbranchen und zur Berufsorientierung organisiert. Und last but not least konnten wirklich viele Massenunterkünfte aufgelöst werden zugunsten von Containerdörfern, die einem humanitär akzeptablen Wohnen deutlich näher sind. Wir schafften das also in einem Ausmaß, das sich sehen lassen kann. Wir können stolz darauf sein und weitermachen ohne die dumme Angst, dass unser Erfolg die ganze Welt zu uns holt. Wir müssen das Feld weiter bestellen und die Saat pflegen. Dann werden unsere Kinder und Enkel nicht zuletzt die DEMOGRAFISCHE Ernte einfahren können. Und sie werden verdammt stolz auf uns Eltern und Großeltern sein. Darauf vertraue ich.

Ich danke Ihnen.